



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Eimsbüttel  
Bezirksversammlung

- öffentlich -

<b>Gemeinsamer Antrag</b> GRÜNE-Fraktion SPD-Fraktion	Drucksachen-Nr.: <b>20-2298</b>  Datum: 18.05.2017
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung	Entscheidung 18.05.2017

### Versorgung der G20-Kritiker\*innen sicherstellen

#### Sachverhalt:

Vom 6.-9. Juli 2017 findet in Hamburg der G20-Gipfel statt. Die Staatsoberhäupter der 20 führenden Wirtschaftsnationen und mit ihnen die Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten Internationalen Organisationen werden hierzu in Hamburg erwartet. Die Erwartung muss sein, dass sie Antworten auf zentrale Fragen unserer Zeit finden müssen.

Rund um diesen Gipfel wird es zahlreiche Veranstaltungen geben, die sich mit der Politik der wirtschaftsstärksten Länder der Welt auseinandersetzen. Dies ist nicht zuletzt der klaren Haltung dieser Stadt geschuldet.

Fragen zu Armut, Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Naturzerstörung werden an verschiedenen Orten und in verschiedenen Veranstaltungsformaten diskutiert werden. So wird beispielsweise am 5./6. Juli der „Gipfel für globale Solidarität – eine andere Welt ist möglich“ (solidarity-summit.org) auf Kampnagel stattfinden. Er wird von der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE) gefördert. Dieser Veranstaltung stehen bereits zahlreiche namhafte Kooperationspartner aus Kirche, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Friedensbewegung u.a. zur Seite.

Bereits im Vorfeld wird es am 2. Juli eine große Demo unter dem Motto „Protestwelle“ geben. Auch hier setzen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer inhaltlich mit den Zielen und Inhalten des G20-Gipfels auseinander. Die „Protestwelle“ wird gemeinsam organisiert von Parteien, den großen Kirchen, dem DGB und Campact.

Wir stellen fest: Um die Probleme der Welt zu lösen, brauchen wir keinen neuen Nationalismus, sondern mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Wir brauchen kein Gegeneinander, sondern ein konstruktives Miteinander. Wir brauchen eine moderne, demokratische und weltoffene Politik. In diesem Sinne möchte ein breiter, friedlicher und zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss ein Zeichen setzen. Auch klar ist, dass es auch andere geben wird, die sich nicht eindeutig von Gewalt distanzieren werden.

Bei Betrachtung der zahlreichen Veranstaltungsangebote und Aufrufe zu Demonstrationen und Protesten wird schnell klar, dass viele Menschen Anfang Juli versorgt und ggf. eine Unterkunft in Hamburg benötigen werden. Fraglich ist, welche Folgen dies im Veranstaltungszeitraum für den Bezirk Eimsbüttel haben wird.

**Petition:**

Der Bezirksamtsleiter wird gebeten zu prüfen, welche den Bezirk Eimsbüttel betreffenden Vorkehrungen und Maßnahmen von der Freien und Hansestadt Hamburg für die Versorgung der Demonstranten und kritischen Gegner des G-20 Gipfels getroffen werden.

Ali Mir Agha, Dietmar Kuhlmann und Grüne Fraktion  
Peter Schreiber, Sabine Jansen und SPD-Fraktion

**Anlage/n:**

keine